



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 13.06.2016

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

|                           |                 |
|---------------------------|-----------------|
| Herr Stadtrat Abele       | TOP 12 befangen |
| Frau Stadträtin Authaler  |                 |
| Frau Stadträtin Bopp      |                 |
| Herr Stadtrat Braig       |                 |
| Herr Stadtrat Brenner     |                 |
| Frau Stadträtin Etzinger  |                 |
| Herr Stadtrat Funk        |                 |
| Frau Stadträtin Goeth     |                 |
| Frau Stadträtin Gutermann |                 |
| Herr Stadtrat Hagel       |                 |
| Herr Stadtrat Heidenreich |                 |
| Herr Stadtrat Heinkele    |                 |
| Frau Stadträtin Holl      |                 |
| Frau Stadträtin Hölz      | TOP 12 befangen |
| Herr Stadtrat Hummler     |                 |
| Frau Stadträtin Jeggle    | bis TOP 10      |
| Herr Stadtrat Keil        |                 |
| Herr Stadtrat Kolesch     |                 |
| Frau Stadträtin Kübler    | TOP 12 befangen |
| Herr Stadtrat Mader       |                 |
| Herr Stadtrat Dr. Metzger |                 |
| Herr Stadtrat Dr. Rahm    |                 |
| Herr Stadtrat Dr. Schmid  |                 |
| Herr Stadtrat Schmogro    |                 |
| Frau Stadträtin Sonntag   | TOP 12 befangen |
| Herr Stadtrat Walter      | bis TOP 12      |
| Herr Stadtrat Weber       |                 |
| Herr Stadtrat Dr. Weigele |                 |
| Herr Stadtrat Dr. Wilhelm |                 |

entschuldigt:

Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Etzinger  
Herr Stadtrat Pfender

Verwaltung:

|  |              |
|--|--------------|
| Frau Appel, Schriftführung                           |              |
| Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen               |              |
| Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait              |              |
| Herr Buchmann, Kulturamt                             | bis TOP 13   |
| Frau Christ, Stadtplanungsamt                        | ab TOP 13    |
| Herr Dürste, Personalstelle                          | TOP 5 bis 13 |
| Herr Ortsvorsteher Imhof, Rißegg                     |              |
| Herr Kopf, Hochbauamt                                | bis TOP 6    |
| Herr Bürgermeister Kuhlmann                          |              |
| Frau Länge, Ordnungsamt                              |              |
| Frau Leonhardt, Kämmereiamt                          |              |
| Herr Rechmann, Tiefbauamt                            |              |
| Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer                  |              |
| Frau Schneider, Amt für Bildung, Betreuung und Sport |              |
| Herr Simon, Hauptamt                                 | bis TOP 13   |
| Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt                    |              |
| Herr Wilk, Hochbauamt                                | bis TOP 5    |
| Herr Erster Bürgermeister Wersch                     |              |

### Tagesordnung

| TOP-Nr. | TOP   | Drucksache Nr.             |
|---------|---|----------------------------|
| 1.      | Geburtstagsglückwünsche   |                            |
| 2.      | Behandlung der Tagesordnung   |                            |
| 3.      | Bürgerfragestunde - Hochwasserschutz  |                            |
| 4.      | Änderung der Redeordnung im Gemeinderat<br>- Antrag der Grünen-Fraktion   | 103/2016                   |
| 5.      | Mali-Sporthalle<br>Entscheidung Sanierung oder Neubau   | 95/2016                    |
| 6.      | Personalangelegenheit - Supportstelle Ordnungsamt   | 117/2016                   |
| 7.      | Änderung der Satzung über die Stellplatzverpflichtungen für<br>Wohnungen  | 91/2016                    |
| 8.      | Änderung der Satzung über die Benutzung der städt.<br>Kindertageseinrichtungen vom 09.12.2002   | 100/2016                   |
| 9.      | Entgeltanpassung für die Betreuungsformen Verlässliche Grundschule<br>(VG) und Flexible Nachmittagsbetreuung (FNB) an den städtischen<br>Grundschulen | 101/2016                   |
| 10.     | Änderung der Hauptsatzung   | 283/2015 +<br>283/2015 - 1 |
| 11.     | Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für<br>ehrenamtliche Tätigkeit  | 110/2016                   |
| 12.     | Abenteuerspielplatz Biberach - Bezuschussung durch die Stadt  | 109/2016                   |
| 13.     | Gastronomiekonzeption für die Stadthalle Biberach   | 111/2016                   |
| 14.     | Verlegung des Rotbaches - öffentlich-rechtliche Vereinbarung<br>zwischen Biberach und Mittelbiberach  | 116/2016                   |
| 15.     | Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben im<br>Haushaltsjahr 2015 und Übertragung von Haushaltsresten                                   | 121/2016                   |
| 16.     | Beseitigung von Hochwasserschäden - Bewilligung überplanmäßiger<br>Mittel   | 124/2016                   |
| 17.1.   | Bekanntgaben - Stadtpass  |                            |
| 17.2.   | Verschiedenes - Wahl des Baubürgermeisters  |                            |
| 17.3.   | Verschiedenes - Hochwasserhilfe<br>- Unterstützung der Hochwasseropfer  | 126/2016                   |
| 17.4.   | Verschiedenes - Zebrastreifen Mittelbergstraße  |                            |
| 17.5.   | Verschiedenes - Hochwasser in Ringschnait   |                            |

Die Mitglieder wurden am 03.06.2016 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 08.06.2016 ortsüblich bekannt gegeben.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

### **TOP 1 Geburtstagsglückwünsche**

OB Zeidler gratuliert Frau Leonhardt, die er als eine Spitzenmitarbeiterin bezeichnet, nachträglich zum Geburtstag und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

Es wird applaudiert.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

## **TOP 2    Behandlung der Tagesordnung**

StR Funk bittet, Tagesordnungspunkt 12, Änderung der Stellplatzverpflichtungssatzung, auf TOP 5 vorzuziehen.

Dem Geschäftsordnungsantrag wird ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

### **TOP 3    Bürgerfragestunde - Hochwasserschutz**

Herr Stefan Ascher, Bewohner der östlichen Altstadt, spricht den dortigen Hochwasserschutz an und fragt, was vom Gemeinderat gedacht sei. Weiter fragt er nach Grundstücksverhandlungen im Wolfental und welche kurzfristigen Hochwasserschutzmaßnahmen möglich seien. Man werde Situationen wie am 28. Mai künftig vermutlich noch öfter haben. Er frage sich, ob der Gemeinderat in der Vergangenheit genug getan habe.

BM Kuhlmann antwortet, man habe seit über 15 Jahren ein Hochwasserschutzkonzept und beschäftige sich damit, wie sinnvoller Hochwasserschutz aussehen könne. Noch 2016, spätestens 2017 erfolgten weitere Maßnahmen. Im Wolfental könne man eventuell 2018 tätig werden. Ziel seien schnellstmögliche Lösungen.

Auf Nachfrage von Herrn Ascher erklärt BM Kuhlmann, im Bereich der Steigmühlstraße sei beispielsweise eine temporäre Aufstauung von Wasser möglich, die im Notfall erfolgen könnte, was aber auch Probleme nach sich ziehen würde. Bei den aktuellen Regenfällen wäre dies keine Lösung gewesen.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

**TOP 4    Änderung der Redeordnung im Gemeinderat  
- Antrag der Grünen-Fraktion**

**103/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 103/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Hauptausschuss am 02.06.2016 vorberaten und mehrheitlich abgelehnt.

StR Dr. Schmid modifiziert den Antrag der Grünen dahingehend, dass jeweils rotierend nach 3 Sitzungen das Rederecht geändert werden solle.

**Der Antrag wird ohne Aussprache bei 14 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung (StR Keil) abgelehnt.**

**TOP 5 Mali-Sporthalle  
Entscheidung Sanierung oder Neubau**

**95/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 95/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 06.06.2016 vorberaten und mehrheitlich abgelehnt.

BM Kuhlmann führt mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation ins Thema ein. Dabei verdeutlicht er, dass sich das Erscheinungsbild der Halle bei einer Sanierung komplett verändern würde. Auch der Sanitärbereich würde komplett neu ausgestattet und vergleichbar einem Neubau gestaltet. Kaum Unterschiede ergäben sich in der Statik. Die Option, einen Außenaufzug anzubringen bestehe, sei aber in den Kosten nicht berücksichtigt. Ein Neubau wäre in der Wirtschaftlichkeitsberechnung etwas von Vorteil, da weniger Energie aufgewendet werden müsste, man habe aber auch die voraussichtlichen Betriebskosten ermittelt und danach wäre insgesamt die Sanierung mit einem Plus von 40.000 Euro jährlich im Vorteil. In den Kosten seien kalkulatorische Kosten und Nutzungsdauern hinterlegt, deren Veränderung schnell zu einem anderen Ergebnis führen könnte. Lege man beispielsweise 1,5 Prozent kalkulatorische Zinsen zugrunde, gehe die Differenz gegen Null. Man müsse aber auch hinterfragen, ob bei einer Sanierung nur eine Nutzungsdauer von 25 Jahren anzusetzen wäre gegenüber einem Neubau mit 40 Jahren. Als Fazit stellt er fest, dass es nichts bringe, die Zahlen gegeneinander auszuspielen. Die Verwaltung empfehle klar die Sanierung, da von einer Nutzungsdauer ausgegangen werden könne, die bei weitem über 25 Jahre betrage. Im Bauausschuss sei mit knapper Mehrheit ein Neubau favorisiert worden.

Die CDU-Fraktion sei sich uneins, erklärt StR Kolesch. Bei beiden Varianten werde die gesamte Benutzeroberfläche neu. Unterschiede bestünden nur im Rohbau. Er spreche sich für die Sanierung aus, da man nichts wegwerfe, was noch intakt sei. Auch er gehe von einer deutlich längeren Nutzungsdauer als 25 Jahre bei einer Sanierung aus, diese sei mit einem Neubau vergleichbar. Der Gemeinderat habe die Verwaltung in der letzten Zeit zu Kostenbewusstsein und sparsamem Handeln ermahnt. Nun werde von der Verwaltung eine kostengünstige Lösung vorgeschlagen und der Vorschlag sollte vom Gemeinderat unterstützt werden.

StR Dr. Rahm meint dagegen, es würden Äpfel mit Birnen verglichen. Er bezeichnet die Sanierung des Kellers als problematisch. Es bestehe keine Garantie, dass er nachher trocken sei. In einen Kriechkeller könne Wasser bei bestimmten Wetterlagen eindringen und dann rieche es in der Halle. Er spricht auch von statischen Problemen des momentanen Tragwerks, das nicht so saniert werden könne, wie dies gewollt sei. Beispielsweise müsste bei bestimmten Schneelasten die Halle gesperrt werden. Die SPD-Fraktion spreche sich daher in der Tendenz für einen Neubau aus.

StRin Gutermann führt aus, eine Sanierung der Turnhalle sei so gut wie ein Neubau. Nur der Kern bliebe bestehen. Sie gibt zu bedenken, dass ein Neubau mehr Zeit in Anspruch nähme und der Nutzungsausfall bei einer Sanierung wesentlich geringer wäre, was Schülern und Sportgruppen zugute käme. Höhere Unterhaltungskosten seien kein Argument für einen Neubau, da man schon allein von den Abrisskosten über 20 Jahre heizen könnte. Ohne Not sollten bestehende Gebäude nicht abgerissen werden. Sie zieht einen Vergleich zu den Gutermann'schen Häusern und wirft die Frage auf, ob ein privater Bauherr sich für einen Neubau entscheiden würde. Fakt sei, dass ein Neubau 3 Mio. Euro mehr koste, die man gut in andere Projekte investieren könnte. Sie nennt als Beispiel den Hochwasserschutz der östlichen Altstadt. Hochwasser mache auch vor einem Neubau nicht halt. Auch die Freien Wähler würden nicht einheitlich abstimmen.



Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

StRin Sonntag schließt sich den Ausführungen von StR Dr. Rahm an. Ergänzend weist sie auf die vielen Fallstricke einer Sanierung hin und dass Primärenergie immer teurer werde und ein saniertes Dach den CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringere. Die Grünen stimmten mehrheitlich für einen Neubau.

StR Funk bezeichnet die Vorlage als nicht optimal. Er nennt die Abschreibungen und die Kreditsätze und erinnert daran, dass er bereits mehrfach gefordert habe, die aktuellen Werte zu nennen. Die FDP spreche sich für die Sanierung aus. Begründet werde dies mit den aktuell extrem hohen Baukosten, die womöglich das Delta zur Sanierung noch vergrößerten.

StR Heidenreich meint, die energetischen Einsparungen eines Neubaus müssten mit dem energetischen Extraaufwand hierfür verglichen werden. Beton herzustellen sei extrem energieaufwendig. Eine andere Frage sei die Abdichtung des Kellers, bei der im Falle einer Sanierung ungewiss wäre, ob sie gelinge. Im Sinne der Barrierefreiheit finde er es unverständlich, dass ein Treppenlift vorgeschlagen werde, zumal unproblematisch ein Außenaufzug angebracht werden könne, dessen Kosten in die Sanierung eingerechnet werden müssten. Er gibt zu bedenken, dass im Falle eines Neubaus eine EU-Ausschreibung notwendig werde und man zunehmend mit Bietern zu tun habe, mit denen man nachher nicht zufrieden sei. Als Beispiel nennt er den Neubau der Wilhelm-Leger-Halle. Daher plädiere er für die Sanierung, da man eher Einfluss auf die Ausschreibungen nehmen könne und eher die Chance habe, das Projekt so auszuführen, wie es gerechnet worden sei.

StR Hagel dankt für die faire Einführung ins Thema durch BM Kuhlmann und dem Gemeinderat für die faire Diskussion. Letztlich handle es sich um eine Glaubensentscheidung. Strittiger Punkt sei die Nutzungsdauer. Eine sanierte Halle halte voraussichtlich länger als 25 Jahre, aber auch ein Neubau könne länger als 40 Jahre Bestand haben, wie dies aktuell der Fall sei. Ein Neubau sei auf jeden Fall haltbarer als ein saniertes Objekt. StR Dr. Weigele habe im Bauausschuss mitgeteilt, dass 30jährige Bauanleihen momentan mit 1,5 Prozent gehandelt würden, weshalb es wohl richtiger wäre, 1 Prozent kalkulatorische Zinsen anzusetzen. Ein Neubau hätte 250 Quadratmeter mehr und brächte damit eine anders nutzbare Halle. Bei einer Sanierung wären der Energieverbrauch und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß höher, was nicht im Sinne des Gemeinderats sein könne. Sanierungen brächten überdies immer wieder Überraschungen, wie aktuell der Rote Bau gezeigt habe, da manche Mängel erst im Zuge der Sanierung offensichtlich würden. Er **beantragt**, über einen Neubau abzustimmen.

StR Heinkele plädiert ebenfalls für einen Neubau. Für diesen lehne man jedoch eine Vierteiligkeit ab. Auch sei ein Keller dann nicht erforderlich. Gleiches gelte für eine Cafeteria oder ähnliches.

Anschließend tritt der Gemeinderat in die Abstimmung, wobei wie von StR Hagel beantragt, über einen Neubau abgestimmt wird.

Der Gemeinderat spricht sich mit 16 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen für den Antrag zum Neubau aus.

Damit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

**Die bestehende Mali-Sporthalle wird abgerissen und ein Neubau errichtet.**

**TOP 6 Personalangelegenheit - Supportstelle Ordnungsamt**

**117/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 117/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 02.05.2016 vorberaten und mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

Frau Länge führt ins Thema ein und lässt wissen, man habe für die Stellenaufstockung Fördermittel generiert. Sie nennt die Projekte, um die sich Frau Eisele in den vergangenen Monaten vor allem gekümmert habe und zeigt auf, dass es für ihre Arbeit sehr hilfreich wäre, wenn sie durch eine Halbtagsstelle in der Zuarbeit unterstützt würde.

StR Schmogro führt aus, die CDU-Fraktion habe bereits zum Haushaltsplan Supportstellen im Zuge der Flüchtlingssituation beantragt. Momentan sei es bei den Zuweisungen zwar entspannt, die Arbeit mit Flüchtlingen sei aber nach wie vor auf hohem Niveau herausfordernd und es sei viel Bewegung im Stadtleben. Dies habe Auswirkungen auf die Stelle der Integrationsbeauftragten, die die große Dynamik im Thema nicht alleine bewältigen könne. Daher stimme die CDU-Fraktion der Stelle gerne zu.

StR Keil bemerkt, auch die SPD-Fraktion habe im Rahmen der Haushaltsberatungen auf die Situation aufmerksam gemacht und dass Informationsarbeit zu Fragen wie Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzförderung von Flüchtlingen an einer Stelle konzentriert würden und Frau Eisele sich diesen und anderen Fragen intensiver widmen könne.

StRin Goeth hebt auf den Gemeinderatsbeschluss ab, bis 2018 keine neuen Stellen zu schaffen, wobei man nur die Bereiche Bildung und Betreuung ausgenommen habe, und per Einzelfallentscheidung zwingende Fälle. Die Stelle der Integrationsbeauftragten sei bereits aufgestockt worden und man habe weitere Entscheidungen getroffen zur Bewältigung der Flüchtlingsaufgaben. Man wolle nichts aufbauen, was dann nicht mehr zurückgefahren werden könne. Biberach leiste hervorragende Integrationsarbeit und sei gut aufgestellt. In schwierigen Zeiten könne nicht alles geleistet werden. Andere Aufgaben müssten ausgesetzt und auch andere Organisationen und Vereine eingebunden werden. Zur Erledigung der notwendigen Aufgaben halte man keine Personalaufstockung für notwendig.

Nach Meinung der Grünen sei es nicht Aufgabe von Frau Eisele, einfache E-Mails zu beantworten, weshalb sie Unterstützung benötige, erklärt StRin Hölz. Sorge bereiteten Parallelstrukturen, weshalb man die Situation kritisch beobachte.

Auch die FDP-Fraktion werde zustimmen, erklärt StR Funk, wobei er auf die Befristung abhebt, von denen seine Fraktion sonst nicht viel halte. Bis zur Aufstellung des Haushaltsplans 2017 werde man Einsparungen an anderer Stelle fordern. Interessant zu wissen wäre auch, wer dem Stellendeckel seinerzeit zugestimmt habe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 6 Nein-Stimmen (StRe Bopp, S. Etzinger, Goeth, Gutermann, Heinkele, Hummler) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

**Beschluss:**

- 1. Im Stellenplan wird unterjährig eine neue Stelle beim Ordnungsamt mit einem Teilzeitumfang von 50 v. H. einer Vollzeitstelle in Entgeltgruppe 5 geschaffen.**
- 2. Die Stelle ist auf zwei Jahre befristet.**
- 3. Die Stelle wird baldmöglichst besetzt.**

**TOP 7 Änderung der Satzung über die Stellplatzverpflichtungen für Wohnungen**

**91/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 91/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 06.06.2016 öffentlich vorberaten und mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

StR Funk bringt vor, er habe am Donnerstag erfahren, dass die Bundes- und Landesregierungen uneins seien, ob Abschreibungen erfolgten oder eine direkte Förderung. Er empfiehlt, die Entscheidung abzuwarten, ehe in Biberach einseitig eine Festlegung getroffen werde. Er empfiehlt weiter, 1 ½ Stellplätze zu errichten und den sozialen Wohnungsbau anders zu fördern. Die bisherige Biberacher Vorgehensweise finde nicht die Zustimmung der FDP.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 6 Nein-Stimmen (StRe Bopp, Braig, Funk, Heinkele, Kolesch, Dr. Weigle), 1 Enthaltung (StR Abele) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**Die als Anlage zu Drucksache Nr. 91/2016 beigefügte 1. Änderung der Satzung über die Stellplatzverpflichtung für Wohnungen wird beschlossen.**

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

**TOP 8 Änderung der Satzung über die Benutzung der städt. Kindertageseinrichtungen vom 09.12.2002**

**100/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 100/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Hauptausschuss am 02.06.2016 öffentlich vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Enthaltung (StR Heidenreich) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**Die Änderung der Satzung über die Benutzung der städt. Kindertageseinrichtungen vom 09.12.2002 wird – wie in Anlage 2 zu Drucksache Nr. 100/2016 dargestellt – beschlossen.**

**TOP 9 Entgeltpassung für die Betreuungsformen Verlässliche Grundschule (VG) und Flexible Nachmittagsbetreuung (FNB) an den städtischen Grundschulen 101/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 101/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Hauptausschuss am 02.06.2016 öffentlich vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Frau Schneider erläutert den Sachverhalt.

StRin Jeggle stellt fest, das Thema sei äußerst kompliziert und differenziert zu betrachten, was dazu führe, dass Elternvertreter Nachfragen hätten. Diese seien von der Verwaltung gut abgearbeitet worden und sie mit den Antworten zufrieden. Dies gelte auch zu den Überlegungen, künftig eine Angleichung zu versuchen, was sicher wieder zu anderen Unzufriedenheiten führen werde. Die CDU-Fraktion sei längerfristig dafür, Ungleichbehandlungen anzugleichen und einheitliche Betreuungskonzepte anzustreben. Sie spricht sich auch dafür aus, die Geschwisterregelung zu überdenken. Sie fragt, ob das dritte Kind auch dann noch gebührenfrei sei, wenn drei Kinder hintereinander eine Einrichtung besuchten. Ferner solle man über eine Sozialstaffelung nachdenken. Sie erkundigt sich zur Zusammenarbeit mit dem Landratsamt, da dort für sozial Schwache auch einiges geboten werde.

StRin Kübler fragt, ob der Stadtpass in den Fällen greife, die sonst Härtefälle wären. Sie denke vor allem an Alleinerziehende. Der Verwaltungskostenbeitrag werde in Freiburg beispielsweise mit 10 Prozent angesetzt, in Biberach dagegen mit 32,5 Prozent. Sie fragt warum. Ein einheitliches Betreuungskonzept sei auch Ziel der SPD-Fraktion, die dessen Verwirklichung spätestens zum Schuljahr 2017/2018 fordere. Die Diskussion habe gezeigt, dass Betreuungsformen ein kompliziertes Feld mit mangelnder Transparenz seien.

StRin Goeth bemerkt, gute Angebote seien nie zum Nulltarif zu haben und in die Bereiche Bildung und Betreuung habe die Stadt viel investiert. Der Fehler in der Kalkulation habe nichts mit Entgelterhöhungen zu tun, sondern zusätzliche qualitative Angebote kosteten Geld und sollten den Eltern auch etwas Wert sein.

StR Weber schließt sich an und meint auch, dass zusätzliche Angebote etwas kosten dürften. Er appelliert, die Nachmittagsbetreuung auch wirklich flexibel zu handhaben. Abschließend signalisiert er die Zustimmung der Grünen.

StR Funk wäre es wichtig darzustellen, was die Stadt in diesem Bereich alles schultere. Der Anteil der Eltern betrage nur circa 15 Prozent. Wunsch der FDP-Fraktion sei, dass zeitnah komprimiert dargestellt werde, welche Leistungen vom Land, was von der Stadt und was von den Eltern in den Bereichen Kindergärten, verlässliche Grundschule, Nachmittagsbetreuung und Kita-Versorgung geleistet werde, dieses kombiniert mit einem Städtevergleich. Dann könne man überlegen, ob eine Nachjustierung erforderlich sei.

StR Heidenreich weist darauf hin, dass Menschen sehr unterschiedlich seien. Alleinerziehende niedriger Einkommensgruppen seien in allen Bereichen vertreten, auch wenn sie von verschiedensten Seiten unterstützt würden, fänden sie sich in dem „Wust von Anträgen“ nicht zu recht. Er plädiert, entweder eine Sozialstaffelung einzuführen bei den Gebühren oder diese Ange-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

bote generell kostenlos zu bieten und an anderer Stelle Mehreinnahmen zu generieren. Solche Themen müssten konsequent unter sozialen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Frau Schneider nimmt zu den Fragen Stellung. Das dritte Kind sei nur dann frei, wenn die Kinder sich gleichzeitig in der Betreuung befänden. Das Landratsamt gewähre keine Leistungen für die Nachmittagsbetreuung, sondern nur für das Mittagessen oder Nachhilfe. Die Aufnahme der Härtefallregelung in den Stadtpass sei möglich, müsse aber noch intern diskutiert werden. Der Verwaltungskostenbeitrag sei seit Einführung der Verlässlichen Grundschule entsprechend festgelegt. Maßgebend seien damals die Landesrichtsätze gewesen und seither habe keine Erhöhung mehr stattgefunden. Mit den Themen seien sehr viele Mitarbeiter beschäftigt, 32,5 Prozent seien daher moderat. Freiburg habe einen niedrigeren Betreuungsschlüssel von 8 bis 10 Kindern und biete Verlässliche Grundschule von 7.00 bis 12.30 Uhr und damit eine halbe Stunde weniger als Biberach. Dies koste 43 Euro auf 11 Monate gerechnet, umgerechnet auf 12 Monate wie in Biberach wären dies 39,42 Euro, also wesentlich mehr als nach der vorgeschlagenen Erhöhung in Biberach.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

#### Beschluss:

- 1. Das Benutzungsentgelt für die VG wird ab 01.09.2016 auf 24 € monatlich erhöht.**
- 2. Das Benutzungsentgelt für die FNB wird ab 01.09.2016 wie folgt erhöht:**

|                                     |                   |
|-------------------------------------|-------------------|
| <b>5 Std. Betreuungszeit/Woche</b>  | <b>20 €/Monat</b> |
| <b>10 Std. Betreuungszeit/Woche</b> | <b>40 €/Monat</b> |
| <b>15 Std. Betreuungszeit/Woche</b> | <b>60 €/Monat</b> |
- 3. Der Erhöhung des Sachkostenbudgets ab 01.01.2017 von 125 € auf 135 € pro Gruppe, mindestens jedoch 270 € als Sockelbetrag für die VG und FNB /Jahr, wird zugestimmt.**
- 4. Der geänderten Benutzungsordnung für die VG und FNB - Anlage 3 - wird zugestimmt. Die Änderung tritt zum 01.09.2016 in Kraft.**



**TOP 10 Änderung der Hauptsatzung**

**283/2015 +  
283/2015 - 1**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügten Drucksachen Nr. 283/2015 und 283/2015-1 zur Beratung vor. Sie wurden in allen 4 Ortschaften beraten und im Hauptausschuss und Bauausschuss vorberaten.

OB Zeidler bezeichnet die Hauptsatzung als eine der wichtigsten Satzungen der Stadt. Ihre Änderung erfordere eine qualitative Mehrheit von 17 Stimmen. Mit der Anpassung wolle man dem Arbeitsvolumen und der Schlagzahl der Themen gerecht werden. Die Anregung zur Anpassung sei aus den Gemeinderatsreihen gekommen, wofür er danke, denn dies stelle auch einen Vertrauensvorschuss an die Verwaltung dar. Er weist darauf hin, dass auch § 9 Ziffer 20 geändert werden müsse und die untere Wertgrenze 150.000 Euro betrage statt der genannten 300.000 Euro.

StR Abele bezeichnet die Hauptsatzung als Grundgesetz der Stadt. Man habe auch die Zuständigkeiten der Ortschaftsräte diskutiert sowie die Festlegung der Gemeinderatszahl. Dies sei ein langer und sehr offener Prozess gewesen und man habe einige Schleifen gedreht. Kernfrage für die CDU-Fraktion sei gewesen, wie eine zeitgemäße Anpassung und Ausgestaltung erfolgen könne, sprich wie weit der Gemeinderat operativer Teil der Verwaltung sein müsse. Dabei habe es unterschiedliche Auffassungen gegeben, ob der Gemeinderat mehr nur Aufsichtsfunktion übernehmen sollte. Mit der Zustimmung zur vorliegenden Satzung erteile man der Verwaltung einen Vertrauensbeweis verbunden mit der Hoffnung auf eine weitere und noch bessere Verwaltungseffizienz. Man sollte sich um die großen Linien austauschen statt über kleine Themen lange zu diskutieren.

Zweite Frage sei die Stellung der Ortschaften nach Abschaffung der unechten Teilortswahl gewesen. Das von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Antragsrecht sei leider nicht zulässig. Dies finde man zwar nicht nachvollziehbar, müsse dem aber folgen. Als Drittes sei diskutiert worden, wie groß ein Gremium sein müsse, um effizient zu arbeiten. Dem Wunsch vor allem kleiner Fraktionen, es bei 32 Sitzen zu belassen könne man folgen, denn es sei nachvollziehbar, dass die Belastung Einzelner steige, wenn das Gremium kleiner werde. Fragen der Sitzungskultur könne man auf anderem Wege regeln.

StR Mader bemerkt, man habe die Hauptsatzungsänderung ausführlich diskutiert und er sei mit der vorliegenden Endfassung zufrieden. Die Beibehaltung der Gemeinderatsanzahl sei auch der SPD ein Anliegen gewesen, auch wegen der Vertretung der Ortschaften im Gremium. Die effiziente Arbeit des Gemeinderats sei im übrigen nicht von Wertgrenzen abhängig.

StRin Goeth signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler und hebt wie StR Abele auf das Spannungsfeld zwischen Vertrauen in die Verwaltung und der Frage, wieviel Kontrolle erforderlich sei, ab. Wenn Kleinigkeiten in den Gremien behandelt würden, dann bekomme man eine schwerfällige Verwaltung.

Sie bittet noch bei §7, Ziffer 8 das Wort Kindertageseinrichtungsangelegenheiten zu ändern und durch Angelegenheiten von Schulen, Kindertageseinrichtungen, Bildung und Betreuung zu ersetzen.

StR Dr. Schmid spricht von einer zeitgemäßen Anpassung verbunden mit partieller Entlastung des Gemeinderats. Dem CDU-Vorschlag zum Antragsrecht für Ortschaftsräte hätte man gerne zuge-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

stimmt. Aufgeschreckt habe der Vorschlag zur Reduzierung der Gemeinderatsgröße, was bei kleineren Fraktionen zu Problemen geführt hätte.

OB Zeidler wirft ein, um einer Legendenbildung vorzubeugen, dass im Zuge der Diskussion über die Ratssaalbestuhlung am 12.03.2015 auch über den Sitzungsort diskutiert worden sei und dabei die Anregung aus den Reihen des Gemeinderats gekommen sei, die Gemeinderatsanzahl zu reduzieren. Diesen Ball der CDU-Fraktion, darüber zu reden, habe man aufgenommen und in den Entwurf aufgenommen.

StR Funk führt aus, eine Verkleinerung des Gremiums ginge zu Gunsten der größeren Fraktionen aus und er hätte eine Neutralität der Verwaltung erwartet. Er halte künftig eine regelmäßige Überprüfung der Hauptsatzung für erforderlich. Bei der Veränderung der Wertgrenzen befriedige das Ergebnis nicht, da sich die FDP-Fraktion bislang nicht überfordert gefühlt habe beziehungsweise nur dann, wenn Vorlagen zu kurzfristig und dies gehäuft eingereicht worden seien. Er halte es für erforderlich, nach jeder Gemeinderatswahl auch die Wertgrenzen zu überprüfen.

StR Abele stellt klar, die CDU-Fraktion habe keinen Antrag gestellt, die Sitzzahl auf 26 zu reduzieren, sondern nur darüber nachzudenken und dies zu diskutieren. Die Zählgemeinschaft zwischen Linken und Grünen hätte die Freien Wähler benachteiligt, was man über 15 Ausschusssitze wieder ausgeglichen habe. Bei einer Reduzierung auf 26 Sitze hätte im Übrigen die CDU zwei Sitze verloren und die FDP wäre bei drei Sitzen geblieben.

OB Zeidler stellt klar, es sei demokratische Gepflogenheit, nach Wahlen auch die Ausschussgrößen zu betrachten und dies werde auch von jedem so gemacht.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

**Die als Anlage 1 zu Drucksache Nr. 283/2015-1 beigefügte Hauptsatzung wird mit der redaktionellen Änderung wie von OB Zeidler vorgetragen und inklusive der Veränderung der Bezeichnung in § 7, Ziffer 8, wie von StRin Goeth ausgeführt, beschlossen.**

OB Zeidler stellt fest, dieses Thema habe der Gemeinderat nun 10 Jahre nicht mehr zu diskutieren.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

**TOP 11 Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit**

**110/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 110/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Hauptausschuss am 02.06.2016 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Der als Anlage 1 zu Drucksache 110/2016 beigefügten Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit wird zugestimmt.**

**TOP 12 Abenteuerspielplatz Biberach - Bezuschussung durch die Stadt**

**109/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 109/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Hauptausschuss am 02.06.2016 vorberaten und mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen. Die Stadträte Abele, Hölz, Kübler und Sonntag sind befangen und nehmen in den Zuschauerreihen Platz.

Frau Schneider führt kurz ins Thema ein.

StR Walter bedankt sich für die Einführung und gibt zu verstehen so wünsche man sich dies generell, damit der Gemeinderat sich auf die Bewertung des Sachverhalts konzentrieren könne. Die CDU-Fraktion habe die Einrichtung gerne unterstützt und sei dankbar für das vorgelegte Konzept das überzeuge. So könne sich die Einrichtung weiterentwickeln und sicher ergäben sich auch Synergien zu anderen Angeboten von Jugend Aktiv.

StRin Holl dankt dem Verein für die Initiative und das bisher Geleistete. Es habe sich aber gezeigt, dass die komplexe Arbeit trotz einer fest angestellten Fachkraft ehrenamtlich nicht leistbar sei, weshalb der neue Vorschlag die Zustimmung der SPD-Fraktion erhalte.

StR Hummler hebt darauf ab, dass man sich in einer Zeit befinde, in der man über Bewegungsmangel bei Kindern klage, und dass diese zu viel Zeit vor dem Fernseher verbrächten. Das Angebot eines Abenteuerspielplatzes sei daher positiv zu bewerten. Den Ausbau zu einem erlebnis- und naturpädagogischen Hotspot bezeichnet er als Vision. Ob diese erreicht werden könne, sei bei allem Vertrauen in Jugend Aktiv unklar. Die Befristung des Zuschusses bezeichnet er als richtig und bittet, den in der Vorlage angesprochenen Bericht bereits Anfang 2019 vorzulegen, damit er ohne Zeitdruck beraten werden könne.

Auch die Grünen unterstützten die Absicht, erklärt StR Dr. Wilhelm. Die angedachten Synergien seien überzeugend.

StR Funk bemerkt, die Entwicklung sei absehbar gewesen. Er lege Wert auf die Feststellung, dass die FDP-Fraktion mit die erste gewesen sei, die erklärt habe, dass Jugend Aktiv den Abenteuerspielplatz betreuen solle. Nun sei die Gigelesfreizeit ausgelaufen und beim Abenteuerspielplatz eine Stelle mehr erforderlich. Daher sei die FDP-Fraktion gegen den Beschlussantrag. Der Steuerzahler könne keinen kostenlosen Regelbetrieb bezahlen und man habe einen Stellendeckel. Unter dem Gesichtspunkt Bildung und Betreuung habe seine Fraktion das Thema auch beleuchtet, aber es sei eine Grenze erreicht und man müsse glaubwürdig bleiben. Er bezeichne Jugend Aktiv als Schattenhaushalt der Stadt und meinte, am Ende benötige man keine Bürgermeister mehr, sondern letztlich habe Wolf König das Sagen. Die Bevölkerung wähle den Gemeinderat dafür, dass er Themen im Griff behalte.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 4 Nein-Stimmen (StRe Braig, Funk, Dr. Weigele, StRin Bopp) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der Konzeption des Vereins Jugend Aktiv e.V. wird zugestimmt. Jugend Aktiv e.V. übernimmt damit die Trägerschaft des Abenteuerplatzes.**
- 2. Die pädagogische Fachkraft (75 %) und der Hausmeister (25 %) werden zunächst befristet bis zum 31.12.2019 beim Verein Jugend Aktiv e.V. angestellt.**
- 3. Der Verein Aktiv- und Abenteuerplatz e.V. (ASP) übernimmt die Funktion eines ideellen Fördervereins.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Verein Jugend Aktiv das neue Tätigkeitsfeld des Abenteuerplatzes in den Dienstleistungsvertrag mit aufzunehmen. Die Zuschüsse werden demnach spitz zum Jahresende abgerechnet.**
- 5. Der städtische Zuschuss an Jugend Aktiv e.V. beträgt ab dem Jahr 2017 ungefähr 56.000 € / Jahr. Für das Jahr 2016 wird ein anteiliger Zuschuss ab Inbetriebnahme des Abenteuerplatzes durch Anstellung der pädagogischen Fachkraft und des Hausmeisters gewährt.**
- 6. Der Sperrvermerk auf der HHSt. 1.4600.700100 über 22.000 € für den Personalkostenzuschuss für den Betrieb des Aktiv- und Abenteuerplatzes wird aufgehoben und dient zum Ausgleich des anteiligen Zuschusses für 2016.**
- 7. Darüber hinaus stehen für das Jahr 2016 Deckungsmittel von max. 6.000 € aus HHSt. 1.9100.850000 Deckungsreserve zur Verfügung.**

**TOP 13 Gastronomiekonzeption für die Stadthalle Biberach**

**111/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 111/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Hauptausschuss am 02.06.2016 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Herr Buchmann führt ins Thema ein und legt dar, Stadt und Pächter seien unzufrieden mit der aktuellen Situation. Es sei überhaupt schwierig einen Pächter zumal für Stadthallen zu bekommen. Statt einen neuen Pächter zu suchen schlage man daher vor, neue Wege zu gehen und er sei überzeugt, dass die neue Lösung attraktiver für die Kunden sei. Hierzu seien aber flankierende Maßnahmen erforderlich, unter anderem Personal für die Bewirtung kleinerer Veranstaltungen und des Pausenbüffets. Man sehe dies als Probephase bis zum anstehenden Umbau, um dann ein endgültiges Gastronomiekonzept vorschlagen zu können.

Grundsätzlich habe die CDU-Fraktion Probleme damit, zusätzliche, nicht originär städtische Aufgaben zu übernehmen und zusätzliche Stellen zu schaffen, erklärt StR Abele. Dies würde den Beschluss aufheben, der wesentlicher Bestandteil der Haushaltsplanberatungen gewesen sei. Es werde in der Vorlage aber dargestellt, dass die Personalkosten erwirtschaftet würden. Dies wäre zwar noch kein Zustimmungsgrund, da aber in eineinhalb Jahren die Stadthalle für Baumaßnahmen geschlossen werde und man für diese kurze Zeit keinen Pächter finden würde, mache man das Zugeständnis, in dieser Zeit das Konzept zu testen. Nicht gewollt sei, dass Herr Buchmann oder Herr Dr. Riedlbauer sich mit Gastronomiethemen befassen.

Auch die SPD-Fraktion stimme dem mutigen Vorschlag zu, erklärt StRin Holl. Sie bezeichnet es noch als sehr wichtig, den Kunden einen Catererpool als Empfehlung zur Verfügung zu stellen.

StRin Etzinger signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler. Als positiv bezeichnet sie den Erhalt der Kegelbahnen und äußert die Hoffnung, dass der Zeitplan eingehalten werden könne.

Auch die Grünen werden zustimmen, avisiert StRin Hölz. Die Vorlage beschreibe sehr emotional, dass eine Service- und Qualitätsverbesserung gewollt sei. Man müsse flexibel sein und viele Caterer anbieten, auch solche mit veganen Angeboten.

StR Funk bezeichnet die Vorlage als offen und ehrlich, auch wenn sie nicht viel Neues bringe. Er äußert sich froh darüber, dem Stellendeckel seinerzeit nicht zugestimmt zu haben.

StR Heidenreich fragt, was mit dem „Applaus“ sei und was mit den Jugendlichen geschehe beziehungsweise wie man mit ihnen umzugehen gedenke, die sich aktuell unter den Dächern des Aufgangs aufhielten.

Herr Buchmann lässt wissen, das „Applaus“ werde seit mehreren Jahren nicht mehr öffentlich betrieben beziehungsweise nur noch von Gruppen genutzt. Die Frage des Aufgangs beziehungsweise des Aufenthalts Jugendlicher in diesem Bereich werde sich auch durch den barrierefreien Zugang ändern. So lange hoffe er auf Jugend Aktiv.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

**Beschluss:**

- 1. Die Bewirtung von Veranstaltungen erfolgt ab 1. August 2016 durch externe Cateringunternehmen.**
- 2. Die Bewirtung kleinerer Veranstaltungen und der Pausenbuffets übernimmt die Hallenverwaltung in eigener Regie.**
- 3. Hierzu werden im Stellenplan, befristet bis zum 31. März 2018 bis zu 2,0 neue Personalstellen in EG 1 bzw. 3 geschaffen. Die dafür notwendigen Mehrausgaben werden aus dem Kulturbudget getragen.**

**TOP 14 Verlegung des Rotbaches - öffentlich-rechtliche Vereinbarung  
zwischen Biberach und Mittelbiberach**

**116/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 116/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 06.06.2016 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

BM Kuhlmann führt ins Thema ein und zeigt am Plan, wo ein Damm angedacht sei und wo kleinere Renaturierungsmaßnahmen vorgesehen seien, die zugleich Raum für Hochwasser schafften. Sie stellten damit eine Kombination aus Ökologie und Hochwasserschutz dar und einen Ausgleich für fehlende Hochwassermaßnahmen. Mit Mittelbiberach habe man vereinbart, dass die Renaturierungsmaßnahmen durchgeführt würden.

StR Kolesch signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion und dankt Mittelbiberach für seine Kooperation.

Auch die übrigen Fraktionen signalisieren Zustimmung, wobei StR Braig die Maßnahme als Verschönerung mit geringem ökologischem Wert bezeichnet und StR Dr. Wilhelm eine Verlegung der Gemarkungsgrenze als eventuell langfristige Option ins Spiel bringt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Mittelbiberach zur Verlegung des Rotbaches wird zugestimmt.**



**TOP 15 Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2015 und Übertragung von Haushaltsresten**

**121/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 121/2016 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**1. Die folgenden überplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2015 werden nachträglich bewilligt:**

- a) HHSt. 1.0200.673010 (Haupt- und Ortsverwaltung, IuK-Kosten) in Höhe von 49.957,00 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Wenigerausgaben bei der HHSt. 1.9000.850000 (Deckungsreserve).
- b) HHSt. 1.6300.512000 (Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze) in Höhe von 61.000,00 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Wenigerausgaben bei der HHSt. 1.6300.513400 (Feldwegunterhaltung Rißegg).
- c) HHSt. 1.7900.638100 (Projekt Innenstadt) in Höhe von 27.215,00 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Wenigerausgaben bei der HHSt. 1.8400.522000 (Stadthalle, Besonderer Sachbedarf) in Höhe von 16.214,00 € und bei der HHSt. 1.7900.637100 (Förderung Fremdenverkehr) in Höhe von 11.001,00 €.
- d) HHSt. 2.0200.935100-900 (Hauptverwaltung, Büromaschinen) in Höhe von 27.052,00 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Wenigerausgaben in Höhe von 25.000,00 € bei der HHSt. 1.9100.850000 (Deckungsreserve) und in Höhe von 2.052,00 € bei der HHSt. 1.0610.500000 (Verwaltungsgebäude, Gebäudeunterhaltung).
- e) Deckungsring DR 518 (Unterhaltung der Sportanlagen) in Höhe von 29.487,00 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen in Höhe von 24.766,00 € auf der HHSt. 1.2210.171000 (Sachkostenbeiträge Dollinger-Realschule) und durch Mehreinnahmen in Höhe von 4.721,00 € auf der HHSt. 1.2320.171000 (Sachkostenbeiträge Pestalozzi-Gymnasium).
- f) Sammelnachweis 650 (Geschäftsausgaben) in Höhe von 135.000,00 €, davon 100.000,00 € für die Bildung von Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren. Die Deckung ist gewährleistet durch Wenigerausgaben in Höhe von 35.000,00 € bei der HHSt. 1.91000.470000 (Deckungsreserve Personalausgaben) und in Höhe von 100.000,00 € bei der HHSt. 1.9100.850000 (Deckungsreserve).
- g) HHSt. 2.6300.951265 - 100 (BG Beim Forsthaus) in Höhe von 40.851,32 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Wenigerausgaben in Höhe von 40.851,32 € auf der HHSt. 2.6300.951267 - 100 (Ausbau Straße beim Forsthaus).

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

**h) HHSt. 2.9100.911000 - 900 (Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft, Zuführung an zweckgebundene Rücklage für Pensionslasten) in Höhe von 1.641.936,00 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen auf der HHSt. 1.9000.003000 (Gewerbsteuer) in Höhe von 1.641.936,00.**

**i) HHSt. 2.9100.926000-900 (Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft, Darlehen an EB Stadtentwässerung) in Höhe von 2.000.000,00 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen auf der HHSt. 1.9000.003000 (Gewerbsteuer) in Höhe von 2.000.000,00 €.**

**j) HHSt. 2.9100.910000-900 (Zuführung zur Allgemeinen Rücklage) in Höhe von 17.849.074,88 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen auf der HHSt. 1.9000.003000 (Gewerbsteuer) in Höhe von 17.849.074,88 €.**

**2. Der Gemeinderat nimmt von der Übertragung von Haushaltsmitteln ins Jahr 2015 im Verwaltungshaushalt mit 3.703.557,56 € (HAR) sowie im Vermögenshaushalt mit 2.188.332,00 € (HER) und 36.427.579,80 € (HAR) entsprechend der Anlage 1 zu Drucksache Nr. 121/2016 Kenntnis bzw. stimmt der Übertragung zu.**

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

**TOP 16 Beseitigung von Hochwasserschäden  
- Bewilligung überplanmäßiger Mittel**

**124/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 124/2016 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Zur Beseitigung von Hochwasserschäden werden auf der Haushaltsstelle 01.6900.515100 (Unterhaltung Bäche Stadt) überplanmäßig Finanzmittel in Höhe von 100.000,00 € zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt aus der allgemeinen Deckungsreserve.**

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

### **TOP 17.1 Bekanntgaben - Stadtpass**

OB Zeidler informiert über die aktuellen Zahlen nach einem Monat Stadtpass. Bewilligt worden seien 227 Anträge, darunter 222 Geringverdiener, davon 146 Erwachsene und 76 Kinder sowie 5 Ehrenamtliche.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

### **TOP 17.2 Verschiedenes - Wahl des Baubürgermeisters**

OB Zeidler lässt wissen, es sei eine Bewerbung auf die Ausschreibung der Stelle des Baubürgermeisters eingegangen, bei der es sich um den aktuellen Stelleninhaber handele. Man habe sich im Ältestenrat auf das Verfahren geeinigt, dass dem Bewerber 15 Minuten Redezeit eingeräumt würden, an die sich Fragen anschließen könnten, ehe die Wahl durchgeführt werde.

**TOP 17.3 Hochwasserhilfe - Unterstützung der Hochwasseropfer**

**126/2016**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 126/2016 zur Beschlussfassung vor.

OB Zeidler führt aus, es sei positiv, dass Landkreis und Kreissparkasse einen Hochwasserfonds auflegten. Am Nachmittag habe er erfahren, dass der Landkreis bis Freitag 550.000 Euro Landesfördermittel ausbezahlt habe. Dafür seien aus jedem Dezernat 3 Mitarbeiter abgestellt worden. Vorschlag der Stadt sei nun, sich mit mindestens 10.000 Euro am Spendenkonto des Landkreises zu beteiligen, wobei er Signale aus den Gemeinderatsreihen habe, dass man nicht hinter dem Kreis zurückstehen wolle. In der Vorlage werde aufgeführt, dass man als Stadt schon alles getan habe. Dies sei nicht allen genug. Es sei aber gute Arbeit geleistet worden. Er würde ungern eigene Förderkriterien entwerfen.

Für StR Abele steht außer Frage, dass etwas getan werden müsse. Die Frage sei nur wie. Er bezeichnet eine unbürokratische Hilfe ohne Einkommens- und Schadensprüfung als wichtig und dass die Unterstützung auf gleichem Niveau wie von Kreis und Kreissparkasse erfolgen sollte, weshalb 20.000 Euro in den Fond einbezahlt werden sollten für Biberacher Bürger. Er dankt den vielen Ehrenamtlichen, die viele Stunden Arbeit geleistet hätten und gibt zu überlegen, was für sie getan werden könnte, eventuell eine spezielle Veranstaltung im Rahmen des Bürgertags oder ähnliches.

In der SPD-Fraktion sei man sich schnell einig gewesen, dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen, signalisiert StRin Kübler. Auch die Verdopplung auf 20.000 Euro sei in Ordnung, um auch echte Hilfe leisten zu können. Es sei schon vielen durch die Ortsvorsteher, das DRK, die Feuerwehr und andere Ehrenamtliche geholfen worden, weshalb auch sie ein Zeichen des Dankes an diesen Personenkreis wichtig fände.

Auch die Freien Wähler hätten keine Sekunde mit ihrer Zustimmung gezögert, erklärt StRin Goeth. Beschäftigt habe nur die gerechte, unbürokratische Umsetzung, denn Bürger, die sich benachteiligt fühlten, wendeten sich erfahrungsgemäß an den Gemeinderat, der daher die Kriterien in etwa kennen sollte. Auch Hochwassergeschädigte, die über Einkommensgrenzen lägen oder auch Bürger, die keine Versicherungsleistungen erhielten, sollten bedacht werden. 20.000 Euro seien in Ordnung.

StR Dr. Schmid findet eine schnelle und unbürokratische Hilfe das wichtigste. Der Verbund mit Kreis und Kreissparkasse sei sinnvoll, da sie bereits Kriterien aufgebaut hätten. Auch 20.000 Euro seien in Ordnung. Ebenfalls werde begrüßt, wenn Ehrenamtlichen gedankt werde.

StR Funk gibt zu verstehen, er habe sich mit seiner Fraktion nicht austauschen können. 20.000 Euro bezeichnet er als symbolischen Wert, da es um ganze Existenzen gehe. Aufgabe der Stadt sei es seines Erachtens zu schauen, was in Ringschnait und Biberach passiere.

OB Zeidler bezeichnet es als wichtig, als öffentliche Hand ein Zeichen zu setzen und bittet um Vertrauen dazu, dass man in der Lage sei, dieses Geld einigermaßen zu den Betroffenen zu bringen. Er sehe sich außerstande, bürokratische Fragen wie Gehaltsgrenzen, Wohnungsgrößen und ähnliches zu lösen.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Was die Ehrenamtlichen betreffe habe Herr Buckenmaier ihm vor einer Woche mitgeteilt, dass ein Zusammentreffen der Freiwilligen Feuerwehr stattfinde, für das er dann das Essen bezahlt habe, was auch gleich 1.000 Euro ausgemacht habe. Er werde versuchen, an anderer Stelle das Thema auch noch einfließen zu lassen und habe hierzu auch schon eine Idee.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Stadt Biberach unterstützt die Hochwasseropfer des Unwetters vom 29.05.2016 durch eine Spende von 20.000 Euro aus der Allgemeinen Rücklage auf das dafür eingerichtete Spendenkonto des Landkreises. Diese Spendengelder werden ausschließlich an Biberacher Bürger vergeben.**

#### **TOP 17.4 Verschiedenes - Zebrastreifen Mittelbergstraße**

StRin Authaler bringt vor, die Familien auf dem Mittelberg seien entsetzt, da im Zuge der Sanierung der Straße der Zebrastreifen, der direkt auf die Schule zugeführt habe, entfernt worden sei. Dabei handele es sich um einen Schulweg, der auf der städtischen Homepage empfohlen werde.

OB Zeidler erwidert, der Bauausschuss habe die Sanierung der Straße inklusive der Beseitigung des Zebrastreifens beschlossen. Es habe eine öffentliche Bürgerversammlung zum Thema stattgefunden, zu der aber nur 4 Bürger gekommen seien. Er werde das Thema verwaltungsintern nochmals aufgreifen. Der Umbau sei seines Erachtens gelungen.

StR Dr. Schmid fragt, ob es richtig sei, dass der Ältestenrat beschlossen habe, Lobesreden nur noch von einem Gemeinderatsvertreter halten zu lassen.

OB Zeidler stellt klar, dass es sich nicht um einen Beschluss handle, aber richtig sei, dass diese Empfehlung besprochen worden sei.



### **TOP 17.5 Verschiedenes - Hochwasser in Ringschnait**

Ortsvorsteher Boscher bringt vor, vor eindreiviertel Jahren sei Ringschnait vom Hochwasser betroffen gewesen und vor kurzem wieder, sogar stärker und es seien mehr Haushalte betroffen und bedeutend höhere Schäden entstanden. Extrem betroffen seien der Reitverein und der Schützenverein. Was aufgebaut worden sei vom Reitverein, sei nun wieder zerstört. Er bezeichnet es als bedauerlich, dass niemand aus den Gemeinderatsreihen sich die Situation vor Ort angesehen habe. Es gebe Schäden auf Feldwegen, die Dürnhalle sei vom Wasser umströmt worden und dieses sei an den Verbindungselementen eingetreten und habe den Hallenboden unterspült. Die Halle sei nun bis auf Weiteres gesperrt und Veranstaltungen müssten abgesagt werden. Bürger wollten nicht, dass Maßnahmen nur angekündigt würden und faktisch nichts geschehe. Er dankt der Freiwilligen Feuerwehr für ihre Einsätze.

OB Zeidler gibt zu verstehen, der Hilferuf sei verstanden worden.

StR Heidenreich lässt wissen, er habe sich die Situation angesehen und sei bachabwärts Richtung Stockland gefahren. Die Brücke und ein dahinterliegender steiler Waldweg seien völlig ausgespült.

StR Heinkele gibt zu verstehen, man habe nicht wie immer im Fernsehen zu sehen als Politiker vor Ort stehen wollen. Wenn der Gemeinderat aber vor Ort gewünscht werde, solle ein Termin angesetzt werden.

**Gemeinderat, 13.06.2016, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

|                  |       |             |
|------------------|-------|-------------|
| Vorsitzender:    | ..... | OB Zeidler  |
| Stadtrat:        | ..... | Hagel       |
| Stadtrat:        | ..... | Keil        |
| Schriftführerin: | ..... | Appel       |
| Gesehen:         | ..... | EBM Wersch  |
| Gesehen:         | ..... | BM Kuhlmann |